

Der sozialistische **kämpfer**

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 7/8 - 1992

15 Schilling

Die Gespenster der Vergangenheit bannen

In der Nacht vom 22. auf den 23. August 1992 begann mit dem Angriff von mehreren Hundert rechtsextremen Jugendlichen auf die „Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber“ in Rostock eine Serie von Brandanschlägen auf Asylantenunterkünfte in Deutschland. Mehr noch als die Anschläge selbst lösten die Begleiterscheinungen Entsetzen aus: Zuschauer begleiteten die Terrorakte mit unverhohlener Begeisterung. Ende September, am Vorabend des jüdischen Neujahrsfestes, wurde die jüdische Gedenkstätte im früheren Konzentrationslager Sachsenhausen bei Berlin durch einen Brandanschlag zerstört. Erneut zeigte sich damit der Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus. In Österreich sind wir noch nicht so weit, doch Wachsamkeit erscheint notwendiger denn je.

Die Ursache für das Erstarken rechts-extremer und neonazistischer Strömungen in Westeuropa ist darin zu sehen, daß die Demokratien den Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Osteuropa noch nicht verarbeitet haben. Ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung ist vor den Augen des Westens abgelaufen wie ein Film, und tatsächlich wurden die Menschen ja hauptsächlich über das Fernsehen zu Augenzeugen der Geschehnisse. Als plötzlich Flüchtlinge vor den Grenzen standen und Einlaß begehrten, kam das Erwachen. Diese Folgen des historischen Umsturzes trafen die westlichen Demokratien unvorbereitet, und ebenso unvorbereitet war die Bundesrepublik Deutschland von der unverhofften Wiedervereinigung getroffen worden.

Die Sozialdemokratie, traditionell erfahren in gesellschaftlicher Analyse, reagierte auf den Ablauf der Geschichte wie im Schock. In Österreich änderte die SPÖ rasch ihren Namen und glaubte, damit dem Geschehen Genüge getan zu haben. In Deutschland glaubte die SPD, dem konservativen Wunsch nach einer Änderung der Asylgesetzgebung nachkommen zu müssen. Nirgends aber gab es über die Tagesbedürfnisse hinausgehende Analysen mit Bewußtseinsbildenden Auswirkungen. Die Bewußtseinsbildung wurde den Konservativen überlassen, das Gerede von einem „Ende der Geschichte“ wurde zum Schlagwort des Tages, und die Propagandatrommel für den angeblichen sieg-

reichen Kapitalismus wurde kräftig gerührt.

Die fehlende theoretische Aufarbeitung des Umsturzes durch die Sozialdemokratie, ihr Verzicht auf Bewußtseinsbildung selbst der eigenen Anhänger, das alles hatte fatale Folgen. Das ideologische Vakuum, das dadurch entstand, lockte Alt- und Neonazis an, und sie fanden in einer orientierungslosen Jugend willfähige Weggefährten. Die nicht zuletzt von der Sozialdemokratie im Stich gelassenen Jugendlichen laufen Gefahr, ideologisch verseucht zu werden durch nazistisches Gedankengut.

Noch ist es nicht zu spät. Die Sozialdemokratie muß der Jugend wieder eine Orientierung geben, um sie vor Verseuchung durch Nazi-Gedankengut zu bewahren. Die Sozialdemokratie muß der Gefahr von rechts kämpferisch entgegen-

getreten. Dazu muß sie selbst freilich erst wieder eine Orientierung finden.

Was für die Sozialdemokratie gilt, das gilt auch für die Demokratie als Ganzes. Die demokratischen Parteien müssen sich auf die demokratischen Werte besinnen und dürfen sich nicht zu Getriebenen populistischer Strömungen machen lassen. Der Rechtsextremismus ist aber ein gesamteuropäisches Problem und kann daher auch nur wirksam inter-

„Faschismus ist menschenfeindlich, daher dient Antifaschismus nicht nur dazu, Chaos, Folter, Terror und KZ zu verhindern, sondern er ist auch ideell ein grundsätzliches sozialdemokratisches Anliegen.“

(Aus: Franz Vranitzky im Gespräch mit Armin Thurnher, Eichborn Verlag, Frankfurt am Main, Oktober 1992.)

national bekämpft werden. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurde als Rahmen dafür bereits genannt. Die Arbeit am Europa von morgen heißt auch, die Gespenster der Vergangenheit zu bannen. H. W.

BUNDESHAUPTVERSAMMLUNG

des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus

am Samstag, 28. November 1992,

im Haus der Begegnung Rudolfsheim in Wien

**„In einem Europa von morgen ist kein Platz für
Gespenster von gestern!“**

„Alte Kameraden“: ein Briefwechsel

Unter dem Titel „Alte Kameraden“: „Obszönität angesichts Millionen Todesopfer“ beschäftigt sich Genosse Hugo Pepper in der Nummer 5/6 des „Sozialistischen Kämpfer“ auch mit der letzten Wahlkampfrede des damaligen Präsidentschaftskandidaten Dr. Thomas Klestil. In dieser Rede äußerte Dr. Klestil den Wunsch, man möge „endlich damit aufhören, die alten Soldaten zu verteufeln“. Nach der Angelobung von Dr. Klestil als Bundespräsident schickte ihm Genosse Pepper ein Exemplar des „Kämpfer“ mit einem Begleitschreiben in die Hofburg. Wir drucken den Briefwechsel, der sich daraus entwickelte, im folgenden ab.

24. August 1992

Herrn
Dr. Thomas Klestil,
Bundespräsident,
Hofburg,
1010 Wien 1

Werter Herr Dr. Klestil,
ich übersende Ihnen die eben erschienene Ausgabe unseres Blättchens „Der sozialistische Kämpfer“ und bitte Sie, Ihr Interesse dem einleitenden Beitrag auf Seite 1 f. zuzuwenden. (Auch der übrige Inhalt sollte, trotz karger Zeit für solche Lektüre, von beträchtlicher Relevanz sein.)

Mein einleitender Beitrag beschäftigt sich mit jener Species deutsch-österreichischen Soldatentums, die sich – nach Ihren Worten, im Kontext Ihrer allerletzten Wahlrede – ungerechtfertigter Verteufelung ausgesetzt sieht. Ihre diesbezügliche, bei den Betroffenen sicherlich publikumswirksame Formulierung muß vor dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, daß die österreichischen Soldaten im Zweiten Weltkrieg die allen Österreichern aufgenötigte Rolle, Täter und Opfer in Personalunion darzustellen, im besonderen Maße verkörpern.

Abgesehen vom Umstand, daß in jedem Einzelfalle zu gewichten wäre, wie sich da die Täterschaft und das Opfersein auf hundert Prozent ergänzen, müßte doch die Unrühmlichkeit des Ganzen außer Streit stehen. Bedauern und Nachdenklichkeit hätten die Tugend zu sein, die von den „alten Kameraden“ zu pflegen wäre. Bombastische Aufmarschfeierlichkeit und Bierischbramarbasiererei sind keineswegs angebracht.

Ich bin leider nicht zur Generation zu zählen, die den Vorzug der späten Geburt genießt: Die erzwungene Teilnahme an dem vom Nationalsozialismus ausgelösten Krieg hat mich ein halbes Dutzend Jahre meiner Jugend gekostet. Als Soldat an der Front und schließlich als Offizier der deutschen Wehrmacht habe ich diesen Krieg als inhumane Katastrophe erlebt.

Dem militärischen Widerstand zugehörig, bin ich wohl nicht als „Pflichterfüller“ legitimiert, trage aber den

12. Juli 1992

republikanischen Orden „Für Österreichs Befreiung“ und zwar in gebotener Nachdenklichkeit darüber, ob ich wirklich immer das ethisch Erforderliche getan habe.

Ich bitte Sie zu verstehen, daß ich für undifferenzierte Redensarten zugunsten angeblich verteufelter alter Krieger nichts übrig habe.

Prof. Hugo Pepper

ÖSTERREICHISCHE
PRÄSIDENTSCHAFTSKANZLEI

Wien, am 30. Juli 1992

Sehr geehrter Herr Professor Pepper!

Der Herr Bundespräsident hat Ihren Brief vom 12. Juli d.J. erhalten, Ihren Beitrag in der Zeitschrift „Der sozialistische Kämpfer“ mit Interesse gelesen und mich beauftragt, Ihnen dazu seine Ansichten zu übermitteln.

Die Zielsetzung Ihrer Zeitschrift den Rechts-Extremismus zu bekämpfen und die Erinnerung an die furchtbaren Verbrechen wachzuhalten, die in der NS-Zeit auch von Uniformierten begangen wurden, verdient weitgehend Unterstützung. Sie treffen damit nicht nur das Empfinden der Mehrheit aller Österreicher, sondern auch das des Bundespräsidenten.

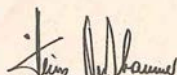
Das von Ihnen erwähnte Zitat, man möge „endlich damit aufhören, die alten Soldaten zu verteufeln“, ist ausschließlich dahingehend zu verstehen, daß Soldaten

./2

- 2 -

– so wie auch Sie –, die viele Jahre ihrer Jugend im Krieg verbringen mußten, nicht ständig und automatisch in einem Atemzug mit „Ewiggestrigen“ genannt werden sollten. Grundsätzlich sind alle extremistischen Haltungen abzulehnen. Ihr Blatt hilft mit, dieses Ziel bewußt zu machen.

In dem ich Ihnen die besten Grüße des Bundespräsidenten übermittle, verbleibe ich Ihr



(Professor Heinz Nußbauer)

Herrn Professor
Hugo PEPPER

Schrottkagasse 45
1130 Wien

Herrn
Dr. Thomas Klestil,
Bundespräsident,
Hofburg,
1010 Wien 1

Werter Herr Dr. Klestil,
Sie haben meinen Brief vom 12. Juli beantworten lassen. Ich habe daher für das Schreiben Ihres Herrn Pressechefs zu danken. Soweit das Formale.

Zum Substantiellen bleibt festzustellen, daß am Kern der Sache vorbeigeredet worden ist: Es gibt keine „Verteufelung der alten Soldaten“, es geht um die Unrühmlichkeit des vom Hitlerismus ausgelösten Krieges. Wer die Teilnahme daran nicht aus kritischer Distanz zu bewerten imstande ist, disqualifiziert sich selbst.

Der Seelenaufschrei zugunsten der angeblich Verunglimpften richtet sich daher – bewußt oder unbewußt – an die falsche Adresse, denn wer das Kriegserlebnis als menschliche Katastrophe realisiert hat, ist mit „Ewiggestrigen“, denen an pseudoheroischer Verklärung gelegen ist, nicht verwechselbar.

Ein Wort des Bedauerns wegen der diesbezüglichen – gelinde gesagt – unkontrollierten Äußerung in der damals bereits abgeklungenen Hitze des Wahlkampfes hätte mich beruhigt. Das wäre respektabel gewesen.

Was die „grundsätzliche Ablehnung aller extremistischen Haltungen“ betrifft, so ist deren Dialektik in Betracht zu ziehen: Antifaschismus ist auch ein Extremismus, freilich ein der Humanität verpflichteter.

Wenn Sie die Güte hätten, mich Ihrem Pressechef, Herrn Prof. Heinz Nußbauer, zu empfehlen, wäre ich Ihnen sehr verbunden.

Prof. Hugo Pepper

PS: Daß ein Landtagspräsident – selbst nach dem Rückzieher seiner Landeshauptleute – nichts dabei findet, als Ehrenschilder (einer Veranstaltung der Waffen-SS) neben einem SS-General zu fungieren, der ein Massaker an der französischen Zivilbevölkerung zu verantworten hat, ist das nicht verteufelt genug? Ihre öffentliche Äußerung dazu habe ich nicht vernommen.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Dr. Franz Danimann, Walter Faderny, Prof. Anne Kohn-Feuermann, Leo Lesjak, Hans Waschek, Gilbert Wasserberger.



Brauner Terror in Simmering

Der Naziüberfall auf das Simmeringer Arbeiterheim am 16. Oktober 1932

60 Jahre sind vergangen seit dem Naziüberfall auf das Simmeringer Arbeiterheim. Nicht nur das Gedenken an die Opfer dieses Überfalls gebietet es, an diesen Terrorakt zu erinnern. Rechtsextremisten und Neonazis versuchen es heute wieder mit Terror. Es gilt, wachsam zu sein und die Lehren aus der Geschichte zu ziehen.

Zwei Drittel der Wähler der Republik Österreich schritten am 24. April 1932 zu den Wahlen. In Wien wurde der Gemeinderat, in Niederösterreich und Salzburg der Landtag, in der Steiermark und in Kärnten wurden – mit Ausnahme der Landeshauptstädte Graz und Klagenfurt – die Gemeindevertretungen gewählt. Von den 100 zu vergebenden Wiener Gemeinderatsmandaten errangen die Sozialdemokraten 66 (Gewinn: ein Mandat), die Christlichsozialen 19 (Verlust 14) und, zur allgemeinen Überraschung, die Nationalsozialisten 15 (Gewinn 15 Mandate). Es war also kein Wunder, daß den Nationalsozialisten, den „Hakenkreuzlern“ oder „Nazis“, wie sie allgemein genannt wurden, der Kamm schwoll. Nur in Simmering waren sie gar nicht zufrieden.

Simmering war die Ausnahme

In Simmering konnten die Hakenkreuzler in den Jahren vor 1934 nie so recht Fuß fassen. Besonders deutlich zeigte sich dies bei den Gemeinderatswahlen 1932, den letzten freien Wahlen in jenen Tagen. Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen in Simmering auf die NSDAP 8,63 Prozent (Wien gesamt: 15,47 Prozent). Es war dies der geringste Stimmenanteil, den die Nazis in Wien erringen konnten, obwohl Simmering mit 94,33 Prozent an der Spitze der Wahlbeteiligung lag.

Die Aufgliederung der 31.857 gültigen Stimmen nach Parteien zeigte folgendes Ergebnis in Simmering:

Sozialdemokratische Partei	21.619
Christlichsozialer Partei	7.239
Kommunistische Partei	422
Großdeutsche	134
Österreichische Volkspartei	123
NSDAP	2.320

Nazibastionen in Wien

Die stärkste Bastion der Nazis war im 4. Bezirk. Hier, auf der Wieden, erreichten sie einen Stimmenanteil von 26,13 Prozent. In fünf weiteren Wiener Gemeindebezirken (2., 3., 6., 8. und 18. Bezirk) waren sie stärker als die Christlichsozialen, in zwei weiteren Bezirken (5. und 10. Bezirk) waren sie den Christlichsozialen fast ebenbürtig.

Schon am 6. September 1932 veranstalteten die Nazis einen „Demonstrationszug“ durch Simmering. Die Musik, bestehend aus 16 Mann, wurde von wohlgezählten 35 Nationalsozialisten

begleitet, von denen einige aus anderen Bezirken gekommen waren.

Naziaufrufe an „deutsche Wiener“

Durch diese Schluppe aufgewühlt, gingen die Hakenkreuzler am 16. Oktober 1932 aufs Ganze. Der erste Bezirksparteitag der NSDAP Simmering stand auf dem Programm. Zwei Aufrufe der Nationalsozialisten zeigten deutlich die Angriffsabsicht dieser Kundgebung, nämlich die planmäßige Invasion in Arbeitervierteln.

In Simmering, so hieß es unter anderem in einem der Aufrufe, würden nicht eine „Handvoll“ Nazimitglieder erscheinen, sondern „die wackeren Kämpfer unserer Bewegung aus allen Teilen Wiens müssen heute nach Simmering kommen, um jene hart ringende Bezirksgruppe zu unterstützen und um dem marxistischen Mordgesindel die Lust an feigen Überfällen ein für allemal zu nehmen“.

Im Vereinsanzeiger der „Deutsch-österreichischen Tages-Zeitung. Organ der österreichischen Nationalsozialisten“ (DÖTZ) hieß es:

„Bezirksgruppe Simmering. Achtung. Sonntag, den 16. d., freihalten! Die Bezirksgruppe 11 veranstaltet Sonntag, den 16. d., ihren ersten Bezirkstag. Programm: 9 Uhr Umzug mit SA- und SS-Musik vom Brauhaus über Hauptstraße, Rinnböckstraße, Hauffgasse, Lorystraße, Braunhubergasse, Hauptstraße bis Schleife 73, zurück zum Brauhaus; 10.30 Uhr Versammlung in den Brauhausssälen, 11. Bezirk, Simmeringer Hauptstraße Nr. 99, mit Landesinspektor Habicht und Gauleiter Frauenfeld. Deutsche Wiener, helft mit, auch hier den roten Terror zu brechen!“

Provokationen der Nazis

Am Samstag, 15. Oktober 1932, waren der Sozialdemokratischen Bezirksorganisation und dem Republikanischen Schutzbund vertrauliche Mitteilungen zugekommen, daß die Nazis anlässlich ihres Bezirksparteitages einen Überfall auf das Arbeiterheim und auf die Lokale des Schutzbundes planen. Gerade das Arbeiterheim war wiederholten Provokationen der Hitlerfaschisten ausgesetzt. Hakenkreuze wurden geschmiert, nazistische Agitationszettel an die Hauswand gepickt.

Zur Sicherung des Arbeiterheimes war am 16. Oktober die 1. Kompanie des



Vandalismus der Polizei: Verwüstungen im Arbeiterheim Simmering.

Alarmbataillons Laurenz Widholz des Republikanischen Schutzbundes Simmering eingesetzt. Der Aufmarsch, der den Bezirkstag der Nazis einleiten sollte, wurde von den Arbeitern durch vereinzelte Störaktionen behindert. Es kam zu gegenseitigen Steinwürfen, Schlägereien und Beschimpfungen. Plötzlich taucht eine Gruppe Nazis vor dem Arbeiterheim auf.

„SA und SS zum Sturm“

Zeuge W. Kaul, ein deutscher Staatsbürger, gab im Prozeß gegen die 16 Simmeringer Schutzbündler ein anschauliches Bild über die Angriffsabsichten der Nationalsozialisten:

...er erzählt, daß er am 16. Oktober aus Neugierde zu dem Zug der Nationalsozialisten gegangen ist. Nach dem Umzug kam er zum Brauhaus zurück und stellte sich in die Nähe des Nazi-gauleiters Frauenfeld. Auf einmal kam ein Auto, ein SA-Mann erstattete Frauenfeld eine Meldung, und er hörte ihn antworten. „So? Verwundete? Dann los!“ Der neben Frauenfeld stehende SA-Führer kommandierte darauf: „SA und SS zum Sturm!“ Die Gruppe von Nazis lief nun fort, der Zeuge hinter ihnen her. Er kam sogar vor den Nazis in der Drischützgasse an. Er war nun überzeugt, daß es zu einem Wirbel kommen müsse, denn ein bekannter nationalsozialistischer Kaufmann aus Simmering (Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 2)

ring hatte ihm schon einige Tage vorher gesagt: „Ihr werdet was erleben! Wir werden euch zeigen, daß wir keine Parteipolitiker, sondern Fanatiker sind.“

Karl Tlasek erschossen

Obwohl die Drischützgasse nicht auf dem offiziellen Aufmarschplan zu finden ist, kam es dennoch zum Sturm der Hitlerfaschisten auf das Simmeringer Arbeiterheim. Bei diesem Sturm wurde der Rayonsinspektor Karl Tlasek, organisierter Sozialdemokrat und Mitglied der freigewerkschaftlichen Organisation der Sicherheitswachbeamten, von einem Nationalsozialisten erschossen.



Der sozialdemokratische Wachebeamte Karl Tlasek.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 18. Oktober berichtete:

„Rayonsinspektor Tlasek hatte mit drei anderen Wachebeamten in der Drischützgasse Dienst. Als die Nazitruppe in die Drischützgasse einbogen und gegen das Arbeiterheim hindrängten, versuchte er mit seinen Kollegen – dies ist durch Augenzeugen nun einwandfrei erwiesen – die Nazis vom Arbeiterheim abzu drängen. Er stellte sich, mit dem Rücken gegen das Arbeiterheim, den Nazis entgegen. Plötzlich griff er sich an die linke Wange, und im nächsten Moment stürzte er auch schon vornüber auf die Straße. Der tödliche Schuß kann nur von den Nazis abgegeben worden sein. Erst nachdem Tlasek gefallen war, ging die Schießerei los. Vorher ist kein Schuß aus dem Arbeiterheim gefallen; das stellten alle Augenzeugen übereinstimmend fest.“

Der Nazitäter verhaftet

Unter der Überschrift: „Ein Nazi hat den Oberwachmann Tlasek in Simmering erschossen“ berichtete die „Arbeiter-Zeitung“ am 16. Mai 1933, daß der 20jährige Fleischselcher und Nazi Leopold M. verhaftet wurde.

„... wie nun aus der Anklage hervorgeht, soll er nach dem Zusammenstoß niedergeschlagen nach Hause gekommen sein und seiner Mutter gestanden haben, daß er einen Schuß auf den Wachmann abgegeben habe, worauf dieser zusammengebrochen sei. Die Mutter, die niemals mit der ‚politischen‘ Tätigkeit ihres Sohnes einverstanden war, veranlaßte den Sohn daraufhin, aus der Nazi-Partei auszutreten. Er folgte, meldete sich aber vor einiger Zeit wieder an und nahm seither an allen Aktionen der Hakenkreuzler teil...“

Auch zwei SA-Männer aus anderen Bezirken Wiens, die an dem Überfall auf das Simmeringer Arbeiterheim teilgenommen hatten, und eine durch ein Polizeigeschoß ermordete Frau fanden den Tod.

Die Schuld der Polizeiführung

Bitter beklagte sich die Sozialdemokratische Partei in ihrem Aufruf über die schwere Schuld der leitenden Organe der Polizei:

„... sie haben neuerlich völligen Mangel an Voraussicht bewiesen. Obwohl schon die Erfahrungen des ‚Gauparteitages‘ der Hakenkreuzler bewiesen hatten, daß die Nazis immer wieder zu den Heimen der Arbeiterschaft vorzudringen versuchen und dadurch blutige Zusammenstöße provozieren, hat die Polizei die Drischützgasse, in der sich das Heim der Simmeringer Arbeiter befindet, nicht abgeriegelt... Ein solches Vorgehen beamteter Organe bei einer Amtshandlung kann in keinem zivilisierten Staate geduldet werden...“

Vandalismus der Polizei

Nach dem blutigen Ereignis kam es zu einem skandalösen Vorgehen der Polizeiorgane bei der Hausdurchsuchung im Arbeiterheim. Schutzbündler wurden bei dieser „Amtshandlung“ in unmenschlicher Weise geschlagen, der Bezirksrat und Sekretär der Sozialdemokratischen Partei, Georg Medweg, wurde durch einen Säbelhieb der Polizei am Kopf verletzt. Über Mißhandlungen der Polizei berichtete zum Beispiel Karl Fajfrzik folgendes:

„... Ich war überhaupt nicht vernehmungsfähig. Zweihundert bis zweihundertfünfzig Gummiknütelhiebe habe ich bekommen, Fußtritte hat man mir gegeben, mich mit dem Kopf an die Mauer geschlagen. Man hat mir gesagt, ich müsse wissen, wo das Maschinengewehr sei. Ich habe immer wieder gesagt, daß wir keine Maschinengewehre haben...“

Die Polizei zerstörte in vandalischer Weise das Mobiliar des Arbeiterheimes. Bilder wurden von der Wand gerissen, Büsten zerstrümmert, Uhren mit Füßen getreten, Gasöfen umgeworfen. Aufreizend wirkte es, daß wohl ein Redakteur des Nazi-Blattes „DÖTZ“ an der Hausdurchsuchung teilgenommen und mitgewirkt hat, während ein Redakteur der

„Arbeiter-Zeitung“ noch am Nachmittag brutal vom Arbeiterheim weggestoßen wurde und anderen Reportern sogar der Zutritt in die Drischützgasse verwehrt wurde.

Freispruch

Fast 100 sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter aus Simmering wurden in den folgenden Tagen von der Polizei angehalten. Im März 1933 wurde die Schwurgerichtsverhandlung gegen 16 Simmeringer Schutzbündler eröffnet. Am 21. März konnte die „Arbeiter-Zeitung“ in einer Extraausgabe unter der Überschrift „Freispruch im Simmeringer Prozeß“ melden:

„... Sämtliche Fragen, lautend auf Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit, begangen unter besonders gefährlichen Umständen, auf Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens und Übertretung des Waffenpatents, wurden für die sechzehn Angeklagten mit drei gegen neun Stimmen verneint...“

Der Nichtigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft gegen das Urteil wurde vom Obersten Gerichtshof teilweise stattgegeben. Fünf Schutzbündler wurden zu Kerkerstrafen verurteilt, doch galten alle Strafen unter Einrechnung der Untersuchungshaft seit dem 16. Oktober 1932 als verbüßt.

Zur gleichen Zeit

Zur gleichen Zeit, als die Hitlerfaschisten den Überfall auf das Simmeringer Arbeiterheim durchführen wollten, kam es zu Kämpfen zwischen Nationalsozialisten und Heimwehr in der Inneren Stadt. Teile der SA führten, ebenfalls am 16. Oktober 1932, mit Nazigegnern auf dem Schafberg Kampfhandlungen durch. Am selben Tag wurde der „Anschlußsturm“ in Linz eingeweiht, unter den Rufen der Hakenkreuzler: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“

Der blutige Überfall auf das Simmeringer Arbeiterheim war eine der alarmierenden Ankündigungen des aufkommenden Faschismus. Brutalität und Terror waren tägliche Begleiterscheinungen auf dem Weg in die „Zeit ohne Gnade“, die Österreich bis zu seinem Wiedererstehen durchleben mußte.

Herbert Exenberger

Kurz gemeldet

Ehrung für Josef Hindels

Die Österreichisch-Chilenische Freundschaftsgesellschaft teilte den Freiheitskämpfern mit, daß sie beschlossen hat, Josef Hindels (1916–1990) posthum die Ehrenmitgliedschaft zu verleihen. Die Freiheitskämpfer nehmen diese Ehrung mit Genugtuung zur Kenntnis.

Kurz gemeldet

1. Braunauer Zeitgeschichtstage

Ein großartiges Echo lösten die 1. Braunauer Zeitgeschichtstage zum Thema „Unerwünschtes Erbe“ aus. Egal, ob das Erbe im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus, wie zum Beispiel in Braunau, Mauthausen, Dachau und Weimar/Buchenwald stand, oder erst in jüngerer Zeit entstanden war (Beispiel Bautzen mit dem SED-Gefängnis oder Wunsiedel mit dem Grab von Rudolf Heß), der Erfahrungsaustausch vereinigte die Vertreter dieser Orte in einem interessanten Podium. Braunaus Bürgermeister Gerhard Skiba im Resümee: „Ich weiß jetzt, daß der bisherige Umgang Braunaus mit seinem Erbe nicht falsch war. Ganz klar ist auch herausgekommen, daß wir keinesfalls eine touristische Nutzung anstreben sollen.“

Die 2. Braunauer Zeitgeschichtstage im September 1993 werden sich unter dem Titel „Verbotener Umgang“ mit der Zusammenführung ehemaliger Zwangsarbeiterinnen aus Polen und der Ukraine mit ihren damaligen Arbeitgebern, Innviertler Bauern, befassen (Organisationsbüro der Zeitgeschichtstage: Lederergasse 5, A-5280 Braunau am Inn, Telefon 0 04 3/77 22-68 116, Fax 0 04 3/77 22-66 50 64).

Geburtstagswünsche für Anton Benya

Der Bundesvorstand der Freiheitskämpfer hat Altpräsident Anton Benya zum 80. Geburtstag ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwünschschreiben übermittelt.

Gedenken an Juden-Deportationen

Mit einer Kranzniederlegung gedachten die Freiheitskämpfer, Bezirksgruppe Wien-Leopoldstadt, Anfang Oktober vor der Schule der Stadt Wien in der Kleinen Sperlasse 2a der Juden-Deportation vor 50 Jahren, die von hier ihren Ausgang nahmen. Der Präsident der Kultusgemeinde Paul Grosz und Abg. Dr. Edgar Schranz sprachen mahnende Worte.

Ravensbrück-Treffen in Wien

Hundert Überlebende des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück, unter ihnen 75 Frauen aus Ost- und Westeuropa, begegneten einander Anfang Oktober 1992 bei einem Treffen in Lindabrunn. Ein Besuch in Mauthausen so-

Willy Brandt (1913–1992)



Willy Brandt 1970 vor dem Mahnmal für die Opfer des Ghettos in Warschau.

Der langjährige Vorsitzende der SPD und Präsident der Sozialistischen Internationale, der ehemalige Außenminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Träger des Friedensnobelpreises 1971, unser Genosse Willy Brandt, ist am 8. Oktober 1992 im Alter von 78 Jahren gestorben. Die internationale Sozialdemokratie trauert um einen ihrer größten Wegbereiter. Als Staatsmann hat Willy Brandt mit seiner Ost-

politik den Boden für die deutsche Wiedervereinigung auf friedlichem Wege vorbereitet und den Weg zu Frieden und Abrüstung zwischen Ost und West gebahnt. Als Präsident der Sozialistischen Internationale hat er diese Organisation weit geöffnet für Parteien und Freiheitsbewegungen der Dritten Welt. Die Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus werden Willy Brandt niemals vergessen.

wie Empfänge bei Bundeskanzler Vranitzky und im Wiener Rathaus standen auf dem Programm. Frauenministerin Dohnal hatte die Teilnehmerinnen begrüßt. „Ich habe mich sehr wohl gefühlt in eurem Kreis, aber meine Gedanken waren in Ravensbrück“, sagte Rosa Jochmann vor den Teilnehmerinnen des Treffens, und weiter: „Ich habe sie wieder gesehen, unsere jüdischen Leidensgenossen, wie sie mit den Kindern, mit den Enkeln auf ihren Armen abgeführt wurden auf ihren letzten Weg in die Gaskammern.“

Käthe-Leichter-Preise vergeben

Im Rahmen der Internationalen Tagung der Historikerinnen und Historiker

der Arbeiter- bzw. Arbeiterinnenbewegung vergab Frauenministerin Johanna Dohnal Mitte September die Käthe-Leichter-Preise an die Ägypterin Dr. Nawal el Saadawi sowie an Mag. Susanne Mittermeier, Dr. Sylvia Hahn, Dr. Brigitte Bailer, Dr. Gabriella Hauch und Dr. Gerda Neyer. Der Lebensweg von Käthe Leichter, die 1942 im KZ Ravensbrück ermordet wurde, gebiete es, auch der Opfer des Faschismus zu gedenken, sagte Dohnal. Es sollen auch jene aufs schärfste verurteilt werden, die heute wieder versuchen, Nationalsozialismus und Antisemitismus zu verharmlosen, zu entschuldigen oder gar offen zu billigen. Wir sind gefordert, so Dohnal, die ausländerfeindlichen Pogrome der Rechtsextremisten in Europa zu bekämpfen und uns auf das Entscheidende dazugestellen.

Meinungswechsel bei Walter Ochsenberger

Der Oberste Gerichtshof hat die Nichtigkeitsbeschwerde gegen die Verurteilung des Herausgebers der neonazistischen Zeitschrift „Sieg“, Walter Ochsenberger, abgewiesen, reduzierte allerdings das in erster Instanz verhängte Strafausmaß von drei auf zwei Jahre unbedingter Haftstrafe. Begründet wurde die Strafherabsetzung mit der geänderten Rechtslage im Verbotsgesetz. Das nunmehr gemilderte Urteil wegen Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinn ist rechtskräftig.

Im Anschluß an dieses Urteil vollzog sich bei Walter Ochsenberger ein Meinungswechsel. Nachdem er sich nach seiner erstinstanzlichen Verurteilung im Dezember 1991 noch überaus kampfeslustig und siegessicher gab, von einem „Tribunal“ einer „Neuaufgabe der Siegerjustiz von Nürnberg“ schrieb und großspurig seine selbstverständliche Bereitschaft, „die politische Gesinnungshaft anzutreten“ (**Sieg/Sonderblatt** 12/3,

1991), bekanntgab, scheinen dem „Fels im Meer“, dem „Bollwerk in der Brandung“ (**Sieg**, Nr. 2/1992) nun sein Mut und vor allem seine Bereitschaft zum Haftantritt abhanden gekommen zu sein: „Jedoch die Häscher der israelhörigen Justizmafia werden den nationalen Patrioten Walter Ochsenberger nicht hinter Kerkermauern bringen. Sein Tod wäre ihm dort gewiß...“ (**Sieg**, Nr. 5/6, 1992).

Aus mehreren Gründen liegt der Schluß nahe, daß sich Ochsenberger durch Flucht nach Spanien dem Haftantritt entzogen hat.

Entgegen der ursprünglichen Absicht der Staatsanwaltschaft, mit einem Antrag auf Haftbefehl gegen Ochsenberger bis Ende der Haftantrittsfrist warten zu wollen, hat sich das Landesgericht Feldkirch aufgrund der Fluchtgefahr dazu entschlossen, sofort Haftbefehl zu erlassen („Wiener Zeitung“, 10. 9. 1992).

chiv des Österreichischen Widerstandes Anzeige wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Verbotsgesetz.

Neue politische Bücher

Der „Kurier“-Journalist **Hans-Henning Scharsach** legt mit seinem Buch „**Haider Kampf**“ eine umfassende und sorgfältige Analyse des FPÖ-Obmanns und seiner Politik vor. Er stellt das gesellschaftliche Umfeld Haider ebenso dar wie die Entwicklung der FPÖ zur „autoritären, deutschnationalen, ausländer- und minderheitenfeindlichen Führerpartei“ von heute. Es ist ein lesenswertes und ungemein wichtiges Buch, wenn es auch keine „Rezepte gegen Haider“ anzubieten hat. Diese Rezepte zu finden ist freilich Aufgabe der Politiker, die sich nach der Lektüre des Buches von Scharsach damit leichter tun könnten. (**Ein trend-profil-Buch im Orac-Verlag, Wien 1992, 254 Seiten.**)

*

Maria Sporrer und **Herbert Steiner**, die schon mehrere „Interview-Bücher“ mit bedeutenden Persönlichkeiten – unter ihnen Rosa Jochmann – herausgegeben haben, haben nun ein solches Buch über den Leiter des Dokumentationszentrums des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes, Dipl.-Ing. Simon Wiesenthal, vorgelegt. Wiesenthal hat sich als „Nazi-Jäger“, der unter anderem Adolf Eichmann gefaßt hat, international einen guten Namen gemacht. Über den Lebensweg dieses Mannes kann man sich in diesem Buch aus seinen eigenen Worten informieren. (**Maria Sporrer und Herbert Steiner, Herausgeber: Simon Wiesenthal. Ein unbequemer Zeitgenosse. Orac Verlag, Wien 1992, 240 Seiten.**)

*

Robert Streibel: Plötzlich waren sie alle weg... Die Juden der „Gauhauptstadt Krems“ und ihre Mitbürger. Picus Verlag, öS 298,-.

Krems an der Donau – ein liebliches Städtchen Niederösterreichs, mit einem wunderschönen Kern sowohl mittelalterlicher als auch barocker Häuser, gepflegt, vorbildlich städtebaulich erhalten, ein wahres Juwel in der Wachau.

Nach der Lektüre des Buches von Robert Streibel werde ich wahrscheinlich Krems nicht mehr betreten können oder wenn, dann nur mit einem Gefühl des Ekels und des Schreckens.

Selten ist es jemandem gelungen, das Schicksal von Menschen in einer gegebenen Situation so emotionslos zu beschreiben, daß der Leser geradezu in Panik versetzt wird und fassungslos vor den Konsequenzen der geschichtlichen Abläufe steht.

Bruno Haas und das Verbotsgesetz

Dr. Bruno Haas, ehemaliger Vorsitzender der „Aktion Neue Rechte“ (ANR), machte sich in den „Deutschen Annalen 1992. Jahrbuch des Nationalgeschehens“ unter dem Titel „Ungerecht als Gesetz“ Gedanken über die Novellierung des Verbotsgesetzes.

„Doch Haider schwieg nicht nur zu den Dissidentenprozessen (nach dem Verbotsgesetz; Anm. d. Red.) (...), sondern die Haider-FPÖ übernahm jetzt ausdrücklich die Mitverantwortung dafür, daß gewaltlose Meinungsäußerung in Österreich mit jahrelanger politischer Haft bedroht wird“, scheint Haas von der parlamentarischen FPÖ-Zustimmung zur Novellierung des Verbotsgesetzes überrascht zu sein.

„Eine Funktion des Verbotsgesetzes für die Parteienlandschaft liegt darin, das Aufkommen einer Nationalen Alternative außerhalb des Parteienkartells zu verhindern und damit das nationale Wählerfußvolk der FPÖ abzusichern“, erklärt sich Haas die FPÖ-Zustimmung zur Novellierung zum Verbotsgesetz, betont aber, daß „andererseits (...) die extensive Auslegung des Verbotsgesetzes bereits Standpunkte, die auch im Rahmen der FPÖ vertreten werden, (bedroht)“. Als Beispiel führt er „etwa Haider bekanntes Bonmot über die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ an.

Gedanken über das Verbotsgesetz hat sich Dr. Bruno Haas schon einmal gemacht, nämlich in einem Interview mit der Zeitschrift **Rennbahn Express** (Nr. 7/1977): „Vom Dritten Reich trennt mich nur das Verbotsgesetz!“

In der Nr. 9/1992 beglückwünscht der **Eckartbote**, Zeitschrift der „Österreichischen Landsmannschaft“, seinen „treu-

en Leser“ und „bekennden Patrioten“ Karl Leipert zur Auszeichnung mit der Verdienstmedaille des Landes Tirol.

Diese Auszeichnung für den Rechtsextremisten Leipert, dem die Schriften des jüngst verurteilten Neonazis Walter Ochsenberger „von Anbeginn eine seelische Hilfe in dem Bewußtsein nicht allein zu sein in der Rundumverteidigung des deutschen Lebensraumes“ waren, scheint selbst Neonazis vom Schlage eines Max Wahl zu verwundern, fragt er in einem Schreiben an Leipert doch, ob der Landeshauptmann (Parti; Anm. d. Red.) das Leipertsche Gedicht „Viktoria Europa“ kenne und auch dazu stehe. „Wenn ja, sollte man meinen, daß von der dortigen Regierung ein Impuls ausgehen müßte, der das antideutsche System und die Menschenjagd der Wiener Internationalisten (Verbotsgesetz etc.) in Angriff nimmt. Haben Sie in dieser Richtung auch schon sondiert?“

Angesprochen auf die Auszeichnung für Leipert, betonte der Tiroler Landeshauptmann Parti gegenüber dem „Standard“, daß er Herrn Leipert deutlich mitteilen werde, daß er sich von seinem Verhalten distanzieren. Eine Aberkennung der Auszeichnung sei „angesichts des hohen Alters von Leipert eher unwahrscheinlich“ (Landeshauptmann Parti; zit. in: „Der Standard“, 17. 9. 1992).

Eine solche Aberkennung der Verdienstmedaille fordern die Tiroler Jusos neben dem Rücktritt des Innsbrucker ÖVP-Gemeinderates Kritzinger, der Leipert für die Verdienstmedaille vorgeschlagen hatte.

Wegen des Gedichtes „Viktoria Europa“ erstattete das Dokumentationsar-



Dr. Streibel, selbst gebürtiger Kremser, allerdings erst etwa 20 Jahre nach den beschriebenen Ereignissen geboren, ist den individuellen Schicksalen der etwa 100 Kremser Juden, die vor dem Krieg in Krems lebten und am Bestand und Wohl und Wehe der Kremser Bevölkerung vor dem Krieg gleichermaßen wie die übrige Kremser Bevölkerung beteiligt waren, nachgegangen. Obwohl die Kremser Juden eine eigene Religionsgemeinschaft bildeten, waren sie doch integraler Bestandteil des dortigen sozialen Gefüges.

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im März 1938 war dem militanten Antisemitismus Tür und Tor geöffnet und den Juden in ganz Österreich, selbstverständlich auch den Juden in Krems wurde klar – entweder bleiben und zugrunde gehen oder weggehen und vielleicht das Leben retten. Ungefähr die Hälfte der Kremser Juden gingen weg, die meisten, wenn auch nicht alle überlebten, die anderen gingen den Weg in die Konzentrationslager und wurden ermordet.

Im Schicksal der kleinen jüdischen Gemeinde von Krems spiegelt sich das Schicksal der europäischen Juden. Das Leid, das die Menschen durchmachen mußten, sofern sie überlebten, läßt sich am Schicksal der etwa 100 Kremser Juden leichter nachvollziehen als das Schicksal von 6 Millionen Menschen. Streibels Buch gehört zu den wichtigsten und authentischsten, die über dieses Thema geschrieben wurden, wofür dem jungen Historiker jeder Dank gebührt.

Anne Kohn-Feuermann

*

Wer meint, daß es sich bei dem Buch „Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Korneuburg“ lediglich um Lokalgeschichte handelt, irrt. Nicht nur der berühmte Korneuburger Eid, mit dem die faschistischen Heimwehren zum Sturz der Demokratie aufriefen, ist Österreich-Geschichte. So wurde in der Schiffswerft Korneuburg Pionierarbeit für die Arbeiterbewegung geleistet, und beispielsweise Aktivitäten wurden insbesondere auf dem Bildungssektor und der Gewerkschaftsbewegung gesetzt, worauf insbesondere auch der NÖ-SPÖ-Vorsitzende Ernst Höger in seinem Vorwort hinweist. Aber auch im Bereich des Arbeiter-Turnvereines und der Kinderfreunde war man sehr aktiv. Und im Februar 1934 verteidigten auch die Korneuburger Sozialdemokraten den demokratischen Rechtsstaat. Eine Verhaftungswelle folgte, und viele landeten im berühmten Anhaltelager Wöllersdorf. An den Folgen der Haft starb Leopold Löbl, der Vater der Verfasserin des bemerkenswerten Buches.

Erstaunlich an dem Buch ist auch die Vielfalt der Fotos, von denen viele Dokumentarcharakter haben und in denen wir zahlreichen Persönlichkeiten begegnen, die ein Stück der neueren

Geschichte Österreichs sind. Noch ein Wort zur Verfasserin des bemerkenswerten Buches: Grete Rodler ist selbst Zeitzeugin. Ein naher Verwandter wurde in der NS-Ära hingerichtet, und der tragische Tod ihres Vaters wurde bereits erwähnt. Sie war aber auch beim Wiederaufbau der Zweiten Republik von An-

8000 Tote darf man nicht vergessen KZ Ebensee wird den Touristen verschwiegen

Nicht allein Mauthausen ist ein Ort der Trauer. Ebensee, im idyllischen Salzkammergut am Traunsee gelegen, zählt mit mehr als 8.000 toten politischen Häftlingen aus ganz Europa ebenfalls zu den schwarzen Punkten der „Beschäftigungspolitik“ des Dritten Reiches.

Wenn auch die Touristenwerbung und die meisten deutschsprachigen Reiseführer das einstige KZ-Lager verschweigen, so wollen gerade wir als Freiheitskämpfer alle nachgeborenen Generationen an Ort und Stelle über den barbarischsten Einsatz von 27.000 Menschen objektiv informieren. Die bis zum Skelett abgemagerten Häftlinge mußten in bloß eineinhalb Jahren für die durch den Luftkrieg schwer bedrängte Kriegsindustrie riesige Stollen in einer Gesamtlänge von 14 km in den Fels schlagen. Heute wäre das selbst mit den besten technischen Mitteln nicht möglich.

Eine Gruppe von Freiheitskämpfern aus Niederösterreich, Wien und dem Burgenland legte im Beisein des Ebenseer Vizebürgermeisters am letzten Septembersonntag, gemeinsam mit einer Delegation der Freiheitskämpfer aus Linz, zum Gedenken an die Opfer zwei Kränze nieder.

Der Leiter des Ebenseer Widerstands-



Auf dem KZ-Friedhof in Ebensee gedenken die Freiheitskämpfer der Opfer des Hitlerwahnsinns.

museums, Dr. Wolfgang Quatember, und Bundesvorsitzender Leo Mistinger hielten Ansprachen.

Schon tags zuvor gedachte die Gruppe in Steyr der Opfer des Faschismus. Gemeinderat Rohrauer führte die Gäste durch die wunderschöne und gepflegte Stadt Steyr. Die Niederösterreicher trafen auch mit Bürgermeister Leithenmayer, seinem Vize Sablik und dem Bezirkssekretär Stellenberger zusammen. Auch die Stationen in Gmunden, am Traunsee und in Bad Ischl und die Fahrt

fang an dabei und ist seit vielen Jahren auch Funktionärin der Sozialistischen Freiheitskämpfer, Gemeinderätin u. a.

Grete Rodler: 100 Jahre SPÖ. Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Korneuburg. Hg. Sozialdemokratische Partei Korneuburg. 126 Seiten, Preis S 160,-. Dr. Franz Danimann



Gemeinderat Rohrauer spricht vor dem Gedenkstein der Opfer des Februar 1934 in Steyr.

entlang des Attersees hinterließen bei den Teilnehmern unvergeßliche Erinnerungen.

Das Reiseprogramm, zusammengestellt von den beiden Obmännern, Leo Lesjak und Walter Faderny, lief harmonisch ab.

Niederösterreich

Josef Nossian †. Unser langjähriges Mitglied und ehemaliger Bezirkssekretär der SPÖ in Zwettl, Josef Nossian, verstarb am 10. September 1992 nach einem kurzen, schweren Leiden im 71. Lebensjahr.

Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung wurde er am 17. September zu Grabe getragen. SPÖ-Bezirksobmann Bundesrat Erich Farthofer hielt einen tiefempfundenen Nachruf und dankte dem Verstorbenen für seine jahrzehntelange mustergültige Sekretärstätigkeit. An dem Begräbnis nahmen unter anderem auch Bundesvorsitzenderstellvertreter Walter Faderny, Landespartei sekretär Oswald Posch, Sekretär Otto Aschenbrenner und etliche ehemalige Berufskollegen des Dahingeschiedenen teil.

Der Witwe Ilse Nossian und der Tochter Waltraud gilt unsere ganze Anteilnahme.

Burgenland

26. Juni 1992 in Stadtschlaing. Es wurde im Zuge der Feierlichkeiten anlässlich der Stadterhebung Stadtschlaing eine Enthüllung der Widerstandsgedenktafel am Hauptplatz 4 im Durchgang zur Friedensbibliothek der Friedensburg durchgeführt. Es sprachen Bürgermeister und Vizebürgermeister
Fortsetzung auf Seite 8

DVR: 0029106(162) 0908560 919
HERRN

ERNST FRUEHAUF
DARINGERG. 12-20/23/26
1190

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P.b.b

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender

Fortsetzung von Seite 7

von Schlaining, wobei der Bürgermeister Worte des Gedenkens sprach. Anschließend wurde die Tafel von den beiden Ortspfarrern nach den jeweiligen Würdungen geweiht. Die Musikkapelle des Bundesheeres spielte zum Totengedenken auf.

Auf der Tafel stehen folgende Wörter: „Sie kämpften gegen die Nazibarbaren. Sie starben für die Wiedergeburt Österreich. Zum Gedenken an die Schlaininger Widerstandskämpfer gewidmet von der Stadtgemeinde Schlaining – 1992“

18. Juli 1992 in Schattendorf. Zum Gedenken an die Ereignisse vor 65 Jahren in Schattendorf und den Justizpalast-Brand 1927 wurde am Grabe des Opfers Josef Grössing, der im Alter von 7 Jahren mit 13 Schüssen ermordet wurde, eine Kundgebung abgehalten, bei

Am 19. Juli 1992 in Klingenbach veranstalteten die Sozialistischen Freiheitskämpfer und die Kinderfreunde des Burgenlandes eine Gedenkfeier am Grabe von Matthias Csmarits. Genosse Billes betonte bei seiner Ansprache, „daß es keineswegs darum geht, alte Gräben aufzureißen“. Es sei aber leider an der Zeit, wieder vor den schrecklichen Folgen gewaltsamer Konfliktaustragung zu warnen.

25. Juli 1992 Gedenkfahrt nach Melk. Es veranstalteten die Opfervereinigungen Burgenland, der KZ-Verband und die Sozialistischen Freiheitskämpfer eine Gedenkfahrt nach Melk zu dem Außenlager des ehemaligen KZ Mauthausen. Nach einem Schweigemarsch fand eine Kranzniederlegung bei den Verbrennungsöfen statt.

Kärnten

Schülerexkursion in das ehemalige KZ Mauthausen. Eine halbe Million Schilling hat eine Klagenfurterin, die selbst öffentlich nicht genannt werden will, für Schulerkursionen in das ehemalige Konzentrationslager des nationalsozialistischen Regimes nach Mauthausen zur Verfügung gestellt. Die Spenderin will damit einen Beitrag zur politischen Bildung im Sinne einer humanen, toleranten und demokratischen Gesellschaft leisten. Sie selbst und ihr bereits verstorbener Gatte waren in der leidvollen Vergangenheit Opfer des Faschismus. Sie konnten selbst durch großes Glück dem Konzentrationslager in den vierziger Jahren lebend entkommen. Landes-schulratsvizepräsident **Herbert Würschl** und der Landessekretär des Pen-

sionistenverbandes, **Franz Poganitsch**, wurden beauftragt, das Geld zu verwalten und die finanziellen Mitteln den Kärntner Schulen zur Verfügung zu stellen.

Im Bild: Schülerinnen und Schüler der Bundeshandelsakademie II in Klagenfurt mit Religionsprofessor **Mag. Simon Certov** und Landesschulratsvizepräsident **Herbert Würschl** bei der Abreise nach Mauthausen.

Wir gratulieren

im November und Dezember

Zum 75. Geburtstag: Jutta Jungwirth, OÖ; Hermine Ahamer, OÖ; Steffy Fahn, Wien; Erika Lamut, Ktn.; Josef Hiesböck, Bgld.

Zum 80. Geburtstag: Franz Jurico, Wien; Leopoldine Lacher, NÖ; Anna Schubert, Wien; Johann Simandl, Wien; Rudolf Frank, Wien; Luise Touzinsky, Wien; Stefanie Resch, Stmk.; Rosa Schmidt, Bgld.; Berta Kracher; Wien; Marie Luetzow, Wien; Wilhelmine Ganisl, Sbg.; Friedrich Muster, NÖ; Johanna Sentall, Wien; Otto Willner, Wien.

Zum 85. Geburtstag: Josef Mayrhofer, OÖ; Leopold Trummer, Stmk.; Paula Steiner, OÖ; Josefine Vlach, Wien; Konrad Andritsch, Wien; Josef Lausecker, Wien; Johann Rudich, Stmk.; Stefanie Eder, Tir.; Stefan Schweighofer, Stmk.; Anna Hain, Wien; Franz Kapeller, Wien; Hermine Pomp, Wien; Maria Dornstauder, Sbg.; Maria Dexinger, Wien; Erwin Racek, Wien; Luise Bermann, NÖ; Karl Hawle, Wien.

Zum 90. Geburtstag: Karl Schneidhofer, NÖ; Maria Maxl, Wien; Julius Philipp, Stmk.; Stefanie Karwatzky, Sbg.

Zum 91. Geburtstag: Gustav Scholze, Stmk.; Jakob Bindel, Wien; Stefanie Ewanschow, Wien; Franz Pehringer, Stmk.; Leopold Glaser, Bgld.; Josefine Hollaus, Wien.

Zum 92. Geburtstag: Johann Liebl, Stmk.; Emil Grauer, Wien; Michael Konrad, Stmk.; Hermine Swidetzky, Wien.

Zum 93. Geburtstag: Hilde Linhart, Wien; Franz Auer, Stmk.; Maria Wache, Wien.

Zum 94. Geburtstag: Amalia Riedl, Wien.

Zum 95. Geburtstag: Maria Fageth, OÖ.

Zum 99. Geburtstag: Elisabeth Stropek, Wien.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 9/10 ist der 30. November 1992.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.



Genosse Billes spricht bei der Gedenkundgebung in Schattendorf.

der Genosse Billes u. a. folgendes ausführte: „Damals vor 65 Jahren läuteten nicht nur die Totenglocken für die 89 Opfer der Ereignisse rund um den Justizpalast. Es war auch das Grabgeläute für die Erste Republik. Der 15. Juli 1927 war ein Triumph der Gewalt über das Recht, eine schwere Niederlage der großen, traditionsreichen Arbeiterbewegung der Ersten Republik. Man hat ihn später zu Recht als die Generalprobe für den 12. Februar 1934 bezeichnet.“ Nach der Gedenkansprache und Kranzniederlegung wurden die Lieder: „Wir sind jung“ und „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ gesungen.

